



Rathaus

Umschau

Dienstag, 7. Februar 2017

Ausgabe 026

ru.muenchen.de

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	2
Meldungen	3
› Stadtrat beschließt Ausweitung der MVG-Rad-Flotte	3
› Berufe aus den Bereichen Ernährung und Pflege stellen sich vor	4
› Münchner Tanzboden mit Tanzmeisterin Katharina Mayer	4
› Stadtmuseum: Führung durch Nationalsozialismus-Ausstellung	5
Antworten auf Stadtratsanfragen	6
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	



Terminhinweise

Wiederholung

Mittwoch, 8. Februar, 11 Uhr, Rathaus, Zimmer 200

Bürgermeister Josef Schmid überreicht Asta Scheib für ihr herausragendes schriftstellerisches Wirken die Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ in Silber.

Freitag, 10. Februar, 11 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal

Im Rahmen eines Stehempfangs begrüßt Bürgermeister Josef Schmid die Münchner Faschingsprinzenpaare und Münchner Faschingsgesellschaften im Rathaus.

Bürgerangelegenheiten

**Dienstag, 14. Februar, 19 Uhr, Gaststätte „Hofbräuhaus“,
Erkerbar, Am Platzl (nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 1 (Altstadt – Lehel).

**Dienstag, 14. Februar, 18 bis 19 Uhr, Bürgerbüro,
Schellingstraße 28 a (rollstuhlgerecht)**

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

**Dienstag, 14. Februar, 19.30 Uhr, Ledigenheim,
Bergmannstraße 35 (nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 8 (Schwanthalerhöhe).

Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit der Vorsitzenden Sibylle Stöhr statt.

**Dienstag, 14. Februar, 19.30 Uhr, Freizeittreff Freimann,
Burmesterstraße 27 (nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann).

**Dienstag, 14. Februar, 19.30 Uhr, Saal des Gehörlosenzentrums,
Lohengrinstraße 11 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 13 (Bogenhausen).

Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.



**Dienstag, 14. Februar, 19.30 Uhr, Stadtteilkulturzentrum Giesinger
Bahnhof, „Gepäckhalle“, Giesinger Bahnhofplatz 1 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 17 (Obergiesing – Fasangarten).

**Dienstag, 14. Februar, 19 Uhr, Vereinsheim,
Eversbuschstraße 161 (nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 23 (Allach – Untermenzing).

Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit der
Vorsitzenden Heike Kainz statt.

**Dienstag, 14. Februar, 19 Uhr, Pfarrsaal St. Christoph,
Am Blütenanger 7 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching – Hasenberg).

Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit dem
Vorsitzenden Markus Auerbach statt.

Meldungen

Stadtrat beschließt Ausweitung der MVG-Rad-Flotte

(7.2.2017) Das Mietrad-Angebot der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) soll um 2.000 Räder erweitert werden. Dies hat der Stadtrat heute in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft beschlossen.

Das Angebot an Rädern wird sich dadurch fast verdreifachen und so für die Kunden die Entfernung zum nächsten frei abgestellten MVG-Rad reduzieren. Dadurch werden die Räder noch attraktiver für eine spontane Nutzung, insbesondere für Bike+Ride, also die Fahrt zu einer ÖPNV-Haltestelle mit angegliederter MVG-Rad-Station. Für den Ausbau von weiteren MVG-Rad-Stationen soll ein Standort- und Finanzierungskonzept erarbeitet werden. Zusätzlich sollen Räder und Stationen auch in Gemeinden des Landkreises München angeboten werden. Die kreisangehörigen Gemeinden und der Landkreis München werden dieses Angebot außerhalb der Landeshauptstadt gemeinsam finanzieren. Bei den Mietkonditionen führt die MVG ergänzend Tagespakete ein, so dass die Kunden pro Tag nie mehr als 12 Euro für ein Mietfahrrad zahlen müssen.

Der Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid, bewertet das Gemeinschaftsprojekt von Stadt, Landkreis und MVG als richtungsweisend und beispielgebend: „Damit stellen wir den Bürgerinnen und Bürgern aus Stadt und Landkreis ein gemeinsames und in beide Richtungen nutzbares Angebot zur Verfügung. Die Vorteile der MVG-Radl als Ergänzung zum bisherigen Nahverkehrsangebot liegen auf

der Hand: Der Umstieg vom privaten Kraftfahrzeug auf Verkehrsmittel des Umweltverbunds wird damit erleichtert und deutlich attraktiver.“

Analog zu diesem Stadtratsbeschluss hat der Kreistag die Umsetzung in seiner Sitzung am 12. Dezember 2016 beschlossen.

Das Mietradsystem der Münchner Verkehrsgesellschaft hat bereits mehr als 50.000 Kundinnen und Kunden, die mit den bisher 1.200 Rädern mehr als 320.000 Fahrten zurückgelegt haben. Die Ausweitung der Fahrradflotte soll in den Jahren 2017 und 2018 schrittweise erfolgen. Die Kosten von insgesamt zirka 2,5 Millionen Euro werden aus vorhandenen städtischen Mitteln der Nahmobilitätspauschale bezahlt.

Berufe aus den Bereichen Ernährung und Pflege stellen sich vor

(7.2.2017) Am Freitag, 10. Februar, von 9 bis 12 Uhr, und am Samstag, 11. Februar, von 10 bis 13 Uhr, lädt das Städtische Berufliche Schulzentrum Alice Bendix, Antonienstraße 6, zum Tag der offenen Tür ein. Interessierte können sich darüber informieren, welche spannenden Berufe man dort erlernen kann. Angeboten werden die Ausbildung für Frauen und Männer zum Sozialbetreuer und zum Pflegefachhelfer, zum Assistenten für Ernährung und Versorgung oder zum Diätassistenten. Ein Besuch der ebenfalls hier angesiedelten Fachakademie wiederum ermöglicht einen Abschluss als Betriebswirtin beziehungsweise Betriebswirt für Ernährungs- und Versorgungsmanagement und bietet damit die Voraussetzung für einen Hochschulzugang.

Die vier städtischen beruflichen Schulen, die unter dem Dach des Schulzentrums Alice Bendix vereint sind, bieten ein vielfältiges Programm. So können die Besucherinnen und Besucher die Schulen kennenlernen, Projekte besuchen, Gespräche mit Schülern und Lehrkräften führen und sich über aktuelle Fachthemen informieren. Schüler präsentieren außerdem Arbeiten aus der Fachpraxis und bieten kleine Gerichte an.

Das Städtische Berufliche Schulzentrum Alice Bendix ist mit den U-Bahn-Linien U3 (Haltestelle Münchner Freiheit) und U6 (Haltestelle Dietlindenstraße) zu erreichen.

Münchner Tanzboden mit Tanzmeisterin Katharina Mayer

(7.2.2017) Das Kulturreferat der Landeshauptstadt München und das Hofbräuhaus München starten am Freitag, 10. Februar, 19.30 Uhr, wieder mit dem Münchner Tanzboden in die gemeinsame Tanzsaison 2017. Tanzmeisterin Katharina Mayer, bekannt vom Kocherlball, lädt im Erkerzimmer, 2. Stock, im Hofbräuhaus zum Mitmachen bayerischer Tänze ein. Begleitet wird sie von der Geigenmusik „Schreinergeiger“. Mit einfachen Rhythmen und leichten Tanzfiguren ist der Münchner Tanzboden besonders für Ein-



steigerinnen und Einsteiger geeignet. Tanzvorkenntnisse oder Tracht sind nicht erforderlich; Einzeltänzerinnen und -tänzer sind herzlich willkommen. Karten zu 10 Euro gibt es ab 18.30 Uhr an der Abendkasse, Hofbräuhaus, Am Platzl. Es besteht keine Reservierungsmöglichkeit.

Weitere „Münchner Tanzböden“ finden statt:

- Freitag, 28. April, mit Tanzmeister Magnus Kaindl und der „Kirnstoaner Tanzmusi“;
- Freitag, 23. Juni, mit Tanzmeister Philipp Korda und der „Sunnseitn Tanzmusi“ und
- Freitag, 6. Oktober, mit Tanzmeisterin Katharina Mayer und der „Seehof Musi“.

Weitere Informationen unter www.muenchen.de/volkskultur.

Stadtmuseum: Führung durch Nationalsozialismus-Ausstellung

(7.2.2017) Am morgigen Mittwoch, 8. Februar, um 18 Uhr, führt Markus Wagner zusammen mit einem Gebärdensprachdolmetscher durch die Ausstellung „Nationalsozialismus in München“ im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Die Führung nimmt Münchens Rolle als Gründungs- und Aufstiegsort des Nationalsozialismus sowie als „Hauptstadt der Bewegung“ und „Hauptstadt der Deutschen Kunst“ in den Blick. Weitere Schwerpunkte beleuchten die Bedeutung der Stadt als Medien- und Rüstungsstandort sowie Verfolgung und Widerstand. Dabei geht es auch um die Frage, was diese Stadt von anderen Städten in Bezug auf den Nationalsozialismus unterscheidet. Die Ausstellung „Nationalsozialismus in München“ ist an diesem Abend bis 20 Uhr geöffnet. Das Abendticket (inklusive Ausstellung und Programm) kostet 3,50 Euro.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 7. Februar 2017

Busparken im Umfeld des ZOB stadtverträglich organisieren

Antrag Stadtrat Hans Dieter Kaplan und damalige Stadträtin Beatrix Zurek (SPD-Fraktion) vom 30.3.2016

Einstellung der Förderung für das EineWeltHaus

Antrag Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (Liberal-Konservative Reformer) vom 30.11.2016

Ausbau des Glasfasernetzes in München

Wie was wird getan?

Anfrage Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (Liberal-Konservative Reformer) vom 13.12.2016



Busparken im Umfeld des ZOB stadtvertraglich organisieren

Antrag Stadtrat Hans Dieter Kaplan und damalige Stadträtin Beatrix Zurek (SPD-Fraktion) vom 30.3.2016

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlauben wir uns, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

In Ihrem o.g. Antrag fordern Sie die Stadtverwaltung auf, ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, wie der seit Jahren zunehmenden Anzahl abgestellter Busse im weiten Umfeld des ZOB begegnet werden kann.

Für die gewährte Terminverlängerung bedanken wir uns.

Zu Ihrem Antrag vom 30.3.2016 teilt Ihnen das Referat für Stadtplanung und Bauordnung Folgendes mit:

Wie Sie in der Begründung Ihres Antrags ausführen, wurde das Thema in den vergangenen Jahren schon mehrfach in Stadtratsanfragen und Anträgen der Bezirksausschüsse Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt und Maxvorstadt aufgegriffen und behandelt.

Im Rahmen von Einzelmaßnahmen hat die Straßenverkehrsbehörde in den vergangenen Jahren seit Eröffnung des ZOB in dessen Umgriff bereits die Aufstellung der beantragten Beschilderung (Zeichen 314 StVO „Parken“ mit dem Zusatz 1048-10 „nur Personenkraftwagen“ in Verbindung mit den Regelungen des Parkraummanagements/Parklizenzengebiet „Marsfeld“) an verschiedenen Örtlichkeiten verfügt. Dies betrifft neben der Marsstraße auch die Pappenheimstraße sowie die Westseite der Denisstraße.

In den übrigen Bereichen des antragbetreffenden Umgriffs des ZOB (Karl-, Seidl-, Spaten-, Arnulf- und Marsstraße) sind nach Beobachtungen – insbesondere der städtischen Verkehrsüberwachung – Busse unregelmäßig und vereinzelt dort anzutreffen, wo der Parkdruck so gering ist, dass sich größere Lücken am Straßenrand auftun. Diese Busse parken dann über einen mehr oder weniger langen Zeitraum ganz überwiegend legal mit einem Parkschein (1 Euro/Stunde bzw. 6 Euro/Tag) oder unter Verwendung einer Parkscheibe (max. 4 Std.) am rechten Fahrbahnrand. Dies betrifft insbesondere die Wredestraße und Teile der Karlstraße (östlich Sandstraße).

Die jüngste Ortsbegehung fand in den Nachmittagsstunden des 15.11.2016 statt und bestätigte den geringen Problemdruck. In dieser Zeit wurden im



gesamten Umgriff insgesamt sechs abgestellte Busse gezählt, welche sich auf den Marsplatz, die Spatenstraße und die Marsstraße zwischen Pappenheim- und Spatenstraße sowie östlich der Spatenstraße verteilen. Schon heute dürfen dort jedoch nur Personenkraftwagen bzw. Lastkraftwagen mit Anhänger abgestellt werden. Es handelt sich hierbei also um ein Problem der Verkehrsüberwachung, dem mit weiteren Konzepten nicht beizukommen ist.

Darüber hinaus ist die generelle Aussprache eines großflächigen Busparkverbotes rund um den ZOB durch Beschilderung mit dem Ziel, Busse zumindest mittelbar zur Nutzung des Parkplatzes in der Hansastraße zu animieren, mit Mitteln des Verkehrsrechts nicht zu bewerkstelligen; insoweit räumt die Straßenverkehrsordnung (StVO) eben gerade nicht die Möglichkeit ein, Beschilderungen im ruhenden Verkehr anzuordnen, die einzig dem Zwecke der Vornahme einer Verkehrsverlagerung bzw. -lenkung dienen. Wie die Attraktivität und damit die Akzeptanz des Busparkplatzes in der Hansastraße erhöht werden kann, soll jedoch bei der geplanten Fortschreibung des Buskonzepts „Busparken in München“ untersucht werden.

In einer Aktennotiz des Vorsitzenden des Unterausschusses Verkehr und Öffentlicher Raum des BA 3 Maxvorstadt anlässlich eines Ortstermins am 04.11.2015 zum unerlaubten Busparken mit Kreisverwaltungsreferat, Verkehrsplanung und Verkehrsüberwachung sowie der Polizei wird vom BA 3 festgestellt, „dass wenn nicht grobe Verkehrsgefährdung oder Umweltbeeinträchtigung durch Busse vorliegt, keine Möglichkeit besteht das Parken/Falschparken der Busse zu verhindern“.

Eine Veränderung der Situation ist am wirkungsvollsten durch eine Verknappung des Parkraumangebots zu erreichen, wie sie sich in der Marsstraße durch Veränderungen bei der Organisation des Radverkehrs abzeichnen. Nach Information des Kreisverwaltungsreferats soll auf Grundlage eines Stadtratsbeschlusses in der Marsstraße zwischen Seidl- und Pappenheimstraße die vorhandenen baulichen Radwege durch Radfahrstreifen auf der Fahrbahn ersetzt werden. Vom Baureferat wird derzeit eine Detailplanung erarbeitet, da aufgrund der örtlichen Gegebenheiten eine Umorganisation der Aufteilung des Straßenraums zu Lasten von ca. 12 Pkw-Stellplätzen auf der südlichen Seite der Marsstraße östlich der Spatenstraße notwendig ist, um gleichzeitig den notwendigen Linksabbieger aus Fahrtrichtung Westen zu erhalten.

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auch auf das Busparken gilt es zunächst zu beobachten und zu bewerten.



Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.



Einstellung der Förderung für das EineWeltHaus

Antrag Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (Liberal-Konservative Reformer) vom 30.11.2016

Antwort Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers:

In Ihrem Antrag fordern Sie die Einstellung der Förderung für das „EineWeltHaus“. Der Stadtrat hat erst vor kurzem über die Förderung entschieden. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teilen wir Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mit.

Sie beantragen, der Stadtrat möge beschließen, den Trägerverein EineWeltHaus München e.V. von den Zuschusslisten zu streichen sowie die Liegenschaft in der Schwanthalerstraße 80 anderen städtischen Verwendungszwecken zuzuführen. Sie beantragen außerdem, dass die dort verkehrenden Veranstalter auf andere Veranstaltungsorte verwiesen werden sollen.

Über den Zuschuss für den Trägerkreis EineWeltHaus e.V. wird jährlich durch den Stadtrat entschieden. Der letzte Beschluss im Kulturausschuss erfolgte am 15.9.2016 (SV-Nr. 14-20/V 06950) und im Plenum am 28.9.2016 (SV-Nr.14-20/V 06951).

Zudem hat der Stadtrat am 30.6.2016 in einem gemeinsamen Kultur- und Kommunalausschuss die notwendigen Sanierungsmaßnahmen (Schallschutz und Erneuerung der Lüftung) an der Liegenschaft in der Schwanthalerstraße 80 in Höhe von 1,56 Millionen Euro einstimmig bewilligt (SV-Nr.14-20/V 04941).

Mit der Weiterförderung des Trägerkreis EineWeltHaus e.V. im Jahr 2018 wird der Stadtrat im Rahmen des Zuschussbeschlusses für 2018 rechtzeitig befasst. Vor diesem Hintergrund ist eine gesonderte und erneute Befassung des Stadtrats mit der Förderung des Trägerkreises EineWeltHaus e.V. nicht angezeigt. Ebenso erübrigt sich der Verweis der Veranstalter an andere Veranstaltungsorte.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.



Ausbau des Glasfasernetzes in München

Wie was wird getan?

Anfrage Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (Liberal-Konservative Reformer) vom 13.12.2016

Antwort Bürgermeister Josef Schmid, Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 13.12.2016 führten Sie als Begründung aus:

*„Die Stadtwerke München haben eine 2. Ausbauoffensive für die Glasfaserverkabelung Münchens zwischen 2016 und 2022 angekündigt.
<http://www.swm.de/dam/jcr:57c98a8a-5dff-4994-8d5f-5ac7b7dc614e/allgemein20160205-swmn-net-glasfaserausbau.pdf>
<https://www.swm.de/privatkunden/unternehmen/innovation/glasfaser.html>*

Weitere 35.000 Gebäude mit über 230.000 Wohneinheiten sollen hier außerhalb des Mittleren Rings in den kommenden fünf Jahren erschlossen werden. Damit haben 70 Prozent aller Münchner Haushalte Glasfaser im Keller bzw. teilweise sogar in der Wohnung.

Für die restlichen 30% der Münchner Bevölkerung fehlt es jedoch mittelfristig an einer konkreten Umsetzung für einen SWM-Glasfaseranschluss. Es ist zu befürchten, dass diese Münchner wenn überhaupt erst zwischen 2025 und 2030 angeschlossen werden.

An der oft zitierten begrenzten Baukapazität bei ausführenden Unternehmen kann es nicht liegen. Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZBD) bestätigte gerade erst, dass es keine Engpässe für einen schnelleren Ausbau gibt.

<http://www.golem.de/news/kein-fftth-baustau-baugewerbe-widerspricht-telekom-chef-1611-124738.html>

Auch ist München im Vergleich bei größeren deutschen Städten eher im hinteren Mittelfeld zu finden.

<http://www.verivox.de/nachrichten/welche-deutsche-stadt-surft-am-schnellsten-110255/>

Dies greift auch der Spiegel auf:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/deutschland-karlsruhe-surft-doppelt-so-schnell-im-internet-wie-muenchen-a-1121740.html>

Die in Ihrer Anfrage gestellten Fragen können anhand einer Stellungnahme der Stadtwerke München GmbH (SWM) wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:

Wann beabsichtigen die Stadtwerke die restlichen 30% der Münchner Bevölkerung an ihr Glasfasernetz anzuschließen und zu welchem Zeitpunkt wurden hierfür die Planungen begonnen?

Antwort der SWM:

Die Planungen für den Ausbau nach 2021 wurden bereits gestartet. Dafür ist ganz München in Ausbaugebiete aufgeteilt worden. Anhand dieser Aufteilung wurden die Cluster des Ausbaus von 2016 bis 2021 ausgewählt und die Ausführungsplanung erstellt. Langfristig ist das Ziel der SWM, ganz München zu erschließen. Zunächst werden vorrangig Stadtgebiete mit einer relativ hohen Bevölkerungsdichte berücksichtigt, um möglichst schnell einer großen Zahl von Münchner Bürgerinnen und Bürgern die neuen Möglichkeiten bereitstellen zu können. Dabei werden lokale Spezifika, wie die Gewerbestruktur, Neubaugebiete und bestehende SWM Infrastruktur mit berücksichtigt. Neben wirtschaftlichen Erwägungen spielt natürlich das bei M-net bereits bekannte Kundeninteresse an schnellen Glasfaser-Internetanschlüssen ebenfalls eine wichtige Rolle.

Wann mit den nächsten Planungsschritten für die Ausbaugebiete nach 2021 gestartet wird, kann jetzt jedoch noch nicht mitgeteilt werden.

Frage 2:

Wie könnte dieser Ausbau beschleunigt werden?

Antwort der SWM:

Der Münchner Glasfaserausbau wurde von der Branchenorganisation „FTTH Council Europe“ als europäisches Leuchtturmprojekt bezeichnet, da hier in einem vergleichsweise kurzen Zeitraum ein großes, zusammenhängendes Gebiet erschlossen wurde. Durch das Einbringen von Erfahrungswerten aus dem bisherigen Ausbau und den daraus erarbeiteten Planungsoptimierungen ist die Glasfaser-Erschließung für München bereits sehr schnell.

Der Glasfaserausbau ist daher im jetzigen Umfang nachhaltig und zukunftsicher. Es wurden alle Notwendigkeiten zum Erhalt und zur Verbesserung des Lebensraumes München gleichermaßen mit allen Beteiligten und Behörden abgestimmt und somit auch zeitlich optimal vorangetrieben. Auch wenn es wünschenswert wäre, ganz München gleichzeitig zu erschließen, ist aus den genannten Gründen der systematische Ausbau über einen längeren Zeitraum unabdingbar.

Frage 3:

Mit welchen Kosten rechnen die SWM für diese „3. Ausbauoffensive“?

Antwort der SWM:

Auf Grund der deutlich niedrigeren Wohnungsdichte und differierenden Siedlungsstruktur ist die Erschließung der verbleibenden 30% mit erhöhten spezifischen Investitionen als in den beiden ersten Ausbaubereichen verbunden. Dies entspricht insgesamt einem hohen dreistelligen Millionenbetrag. Um die Kosten für Kunden trotzdem angemessen zu halten, setzen die SWM auf eine gründliche Planung, die jedoch zeitintensiv ist.

Frage 4:

Werden in diesen noch nicht ausgebauten Stadtteilen bei anderen Tiefbaumaßnahmen zumindest gleich abschnittsweise Glasfaser-Leerrohre mitverlegt?

Antwort der SWM:

Ja, es wird im Spartenkoordinationsverfahren grundsätzlich jede technisch und wirtschaftlich sinnvolle Möglichkeit genutzt, Mitverlegungen durchzuführen.

Dazu gehört nicht nur die Verlegung von Leerrohren, sondern auch das Ausbauen von Neubaugebieten wie in Freiham und die bereits bei den SWM eingeführten Mehrspartenhauseinführungen bei Neu- und Umbauten.

Frage 5:

Wie viele Münchner Haushalte nutzen inzwischen das SWM-Glasfasernetz?

Antwort der SWM:

Hierzu kann aus Wettbewerbsgründen leider keine Angabe gemacht werden.

Frage 6:

Mit welcher Refinanzierungszeit rechnen die Stadtwerke bei ihrem Glasfasernetz? Würde sich die Refinanzierung des Glasfasernetzes beschleunigen, wenn SWM/m-net das Netz für andere TK-Anbieter wie Vodafone oder 1&1 öffnen würde?

Antwort der SWM:

Wie auch bei anderen vergleichbaren Investitionen handelt es sich bei dem Glasfasernetz um eine langfristig angelegte Infrastrukturmaßnahme. Grundsätzlich öffnet die M-net das Netz auch anderen TK-Anbietern.



Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 7. Februar 2017

Warum verschwindet der „Grüne Pfeil“ in München immer mehr aus dem Straßenbild?

Anfrage Stadträte Richard Quaas und Johann Sauerer (CSU-Fraktion)

Abbiegeampel an der Ecke Ingolstädter-/Heidemannstraße prüfen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Richard Quaas, Johann Sauerer und Dorothea Wiepcke (CSU-Fraktion)

Geburtenrekord und Hebammennotstand in München!

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller, Dominik Krause, Sabine Krieger, Hep Monatzeder, Sabine Nallinger, Thomas Niederbühl, Dr. Florian Roth und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste)

Stadtratshearing: „Geburtenrekord und Hebammennotstand in München“

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller, Dominik Krause, Sabine Krieger, Hep Monatzeder, Sabine Nallinger, Thomas Niederbühl, Dr. Florian Roth und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste)

Geburtenrekord und Hebammennotstand in München: Hilfen für Hebammen und werdende Eltern schaffen!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller, Dominik Krause, Sabine Krieger, Hep Monatzeder, Sabine Nallinger, Thomas Niederbühl, Dr. Florian Roth und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste)

Babyboom in München – Die Stadt muss eine ausreichende Versorgung für Mütter und Kinder schaffen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei)

Den Migrationsbeirat demokratisieren – und nicht delegitimieren!

Wahlmanipulationen und Bedrohungen durch rassistische und nationalistische Gruppen dürfen nicht hingenommen werden

Antrag Stadtrat Cetin Oraner (Die Linke)

Sonderprogramm für wohnungslose Familien erforderlich

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Tobias Ruff (ÖDP) und Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

ANFRAGE

07.02.2017

Warum verschwindet der „Grüne Pfeil“ in München immer mehr aus dem Straßenbild?

Nach der Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands kam der „Grüne Pfeil“, quasi als Überbleibsel der DDR in die StVO und damit auch nach Westdeutschland in die sog. alten Bundesländer, weil er sich im Osten Deutschlands in langen Jahren gut bewährt hatte. Auch in München wurden in Folge einige Abbiegesituationen mit dem „Grünen Pfeil“ ausgestattet und wurden von den Autofahrern überwiegend positiv angenommen. So, wie auch bei anderen Verkehrsregeln, wurden auch von einzelnen Verkehrsteilnehmern, die Vorschriften zu der Benutzung des kleinen Zusatzschildes teils missachtet, das war und ist aber nach Beobachtungen kein Massenphänomen.

Seit einiger Zeit ist festzustellen, dass es im Stadtgebiet keine neuen Grünpfeile mehr gibt und offensichtlich schon montierte, wieder abgebaut werden, was eigentlich im Sinne einer Verkehrsverflüssigung schade ist.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Wie viele Grünpfeile gibt es noch im Stadtgebiet und wo sind diese?
2. Wie viele Grünpfeile waren es in der Spitze in München und welche wurden zwischenzeitlich wieder abgebaut?
3. Wie weit ist die Umsetzung des CSU-Antrages vom 28.11.2014 „München wird grüner“- Teil 1: Grüne Pfeile für München?
4. Wie verhält sich dazu die Information, dass angeblich das KVR keine neuen Grünpfeile im Münchner Straßennetz mehr befürwortet und damit der Einsatz dieses Verkehrsschildes langsam der Vergangenheit in München angehört?

5. Wenn ja, welche Gründe haben das KVR dazu veranlasst, so restriktiv mit dieser Verkehrsregelung umzugehen?
6. Sind die Erfahrungen in München negativer, als in anderen deutschen Städten, wo der Grünfeil vielfach noch öfter zu sehen ist oder liegt das in einem mangelnden Vertrauen der Münchner Behörden, in die Sorgfalt der hiesigen Verkehrsteilnehmer?

Richard Quaas, Stadtrat

Johann Sauerer, Stadtrat

Stadtrat Richard Quaas
Stadtrat Johann Sauerer
Stadträtin Dorothea Wiepcke

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

ANTRAG

07.02.2017

Abbiegeampel an der Ecke Ingolstädter-/Heidemannstraße prüfen

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in nördlicher Fahrtrichtung auf der Ingolstädterstraße, zum Abbiegen in die Heidemannstraße – östliche Richtung – eine Abbiegeampel angebracht werden könnte.

Begründung:

Das Rechtsabbiegen auf der Ingolstädterstraße, nördliche Fahrtrichtung – in die Heidemannstraße, östliche Fahrtrichtung, könnte bei roter geradeaus Ampel durch das Anbringen einer Abbiegeampel erleichtert und beschleunigt werden, weil es sich bei dem kreuzenden Verkehr, zu 95% um Abbieger aus der Heidemannstraße in die Ingolstädterstraße – südliche Fahrtrichtung – handelt und dem geringen Verkehr aus der Eulerstraße eine sehr kurze Grünphase genügen würde. Es wäre daher sinnvoll zu prüfen, der Abbiegespur in der Ingolstädterstraße mehr Grünphase zuzugestehen.

Richard Quaas, Stadtrat

Johann Sauerer, Stadtrat

Dorothea Wiepcke, Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 07.02.2017

Geburtenrekord und Hebammennotstand in München!

Anfrage

Schon im Jahr 2014 wurden über 800 Frauen kurz vor der Geburt in München von den Krankenhäusern abgewiesen, weil die Kapazitäten fehlten. Auf Grund der steigenden Geburtenzahlen kann für die Jahre 2015 und 2016 von noch höheren Zahlen ausgegangen werden.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde bei Frauen die Geburt eingeleitet, ohne dass zunächst ein Bett im Kreißsaal zur Verfügung stand, die Frauen wurden stattdessen spazieren geschickt - von „Einleitung to go“ ist die Rede. Zudem müssen Hebammen mittlerweile oft 3-4 Frauen gleichzeitig betreuen - ein unhaltbarer Zustand für die Hebammen und die betreuten Frauen.

Planbare Geburten per Kaiserschnitt werden immer stärker bevorzugt. Die StKM hat sich bewusst diesem Trend nicht angeschlossen und die Kaiserschnitttrate in den letzten Jahren gesenkt.

Ebenso wird berichtet, dass die Betreuung der Frauen rund um die Geburt insbesondere in der StKM eine hohe Qualität aufweist und die Frauen nach Geburt gut versorgt und informiert die Klinik verlassen (Zertifizierung Initiative babyfreundliches Krankenhaus). Die Frauen sind deutlich besser über das Stillen und den Umgang mit dem Baby informiert.

Deshalb fragen wir:

1. Wie viele Frauen wurden in den Jahren 2015 und 2016 in Münchens Kliniken vor der Geburt abgewiesen?
2. Welche Informationen hat das RGU zu den abgewiesenen Fällen in Münchens Kliniken?
3. Wurden auch in der StKM Frauen abgewiesen?
4. Kann der Hebammennotstand beziffert werden und wenn ja, wie viele Hebammen fehlen, um die Geburten in München gut zu betreuen?
5. Welche Möglichkeiten sieht das RGU auf die Träger staatlicher, freigemeinnütziger und privater Krankenhäuser einzuwirken, damit dieser unhaltbare Zustand beendet wird?

6. Welche Möglichkeiten sieht das RGU, diesem Notstand aus städtischer Sicht zu begegnen (zusätzliche Kreißsäle, frei praktizierende Hebammen fördern, weiteres Geburtshaus, Hebammenpraxen unterstützen)?

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Beantwortung unserer Anfrage.

Initiative:

Lydia Dietrich	Thomas Niederbühl	Anna Hanusch	Gülseren Demirel
Dr. Florian Roth	Dominik Krause	K. Habenschaden	Sabine Krieger
Hep Monatzeder	Jutta Koller	Sabine Nallinger	Paul Bickelbacher
Oswald Utz	Herbert Danner		

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 07.02.2017

Stadtratshearing: „Geburtenrekord und Hebammennotstand in München“

Antrag

Der Stadtrat möge beschließen:

Das RGU wird aufgefordert, ein Stadtratshearing zur Situation der Hebammenversorgung in München durchzuführen.

Begründung:

Geburtenrekord in München: 18107 Geburten in München 2016, das sind ca. 900 Geburten mehr als 2015. Gleichzeitig erlebt nicht nur München einen Hebammennotstand.

Die hohe Haftpflichtversicherung, die geringe Vergütung und die fehlende Förderung des Berufsstandes führen zunehmend zu Engpässen bei der Hebammenversorgung.

Neben den Klinikgeburten sind auch Geburtshäuser und die Betreuung durch frei praktizierende Hebammen stark nachgefragt.

Das von der Stadt München finanzierte Geburtshaus erfreut sich einer immens großen Nachfrage, die Geburtsabteilungen der städtischen Kliniken sind aufgrund der hohen Qualität der Betreuung ausgebucht. Der Geburtenrekord kann aber nicht alleine von den städtischen Kliniken bewerkstelligt werden, sowohl die staatlichen als auch die frei gemeinnützigen Kliniken sind hier in der Verantwortung.

Daher ist es erforderlich, im Rahmen eines Hearings mit den unterschiedlichen Akteuren und Trägern zum Thema Geburt (u.a. stationäre, ambulante Hebammenpraxen, frei praktizierende Hebammen, Beratungsstelle natürliche Geburt) die Probleme und vor allem übergreifende Lösungen zu diskutieren um eine rasche Verbesserung der Situation zu erreichen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Lydia Dietrich	Thomas Niederbühl	Anna Hanusch	Gülseren Demirel
Dr. Florian Roth	Dominik Krause	K. Habenschaden	Sabine Krieger
Hep Monatzeder	Jutta Koller	Sabine Nallinger	Paul Bickelbacher
Oswald Utz	Herbert Danner		

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 07.02.2017

Geburtenrekord und Hebammennotstand in München: Hilfen für Hebammen und werdende Eltern schaffen!

Antrag

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich beim Freistaat dringend dafür einzusetzen, dass:

- die Gewinnung von Nachwuchs an der staatlichen Hebammenschule München mit finanziellen Anreizen (Zuschuss) gefördert wird;
- ein Bachelor-Studiengang für Hebammen an der Fachhochschule eingerichtet wird;
- das sogenannte „Wartgeld“ für praktizierende Hebammen wieder eingeführt wird ;
- das derzeitige Wegegeld von derzeit 69 Cent/Kilometer (brutto) erhöht wird;
- Wohnraum für Auszubildende der staatlichen Hebammenschule zur Verfügung gestellt wird;
- frei praktizierende Hebammen gefördert und Kreißsäle in den staatlichen Kliniken eingerichtet werden.

Begründung:

Geburtenrekord in München: 18.107 Geburten in München 2016, das sind ca. 900 Geburten mehr als 2015. Gleichzeitig erlebt nicht nur München einen Hebammennotstand. Die hohe Haftpflichtversicherung, die geringe Vergütung und die fehlende Förderung des Berufsstandes führen zunehmend zu Engpässen bei der Hebammenversorgung. Neben den Klinikgeburten sind auch Geburtshäuser und die Betreuung durch frei praktizierende Hebammen stark nachgefragt. Im Bereich der aufsuchenden Wochenbettbetreuung weist München eine hohe Unterversorgung auf und ist als Brennpunkt bekannt.¹

Das von der Stadt München finanzierte Geburtshaus erfreut sich einer immens großen Nachfrage, die Geburtsabteilungen der städtischen Kliniken sind aufgrund der hohen Qualität der Betreuung ausgebucht. Der Geburtenrekord kann aber nicht alleine von den städtischen Kliniken bewältigt werden, sowohl die staatlichen als auch die frei gemeinnützigen Kliniken sind hier in der Verantwortung.

Berichten zufolge werden Frauen jedoch kurz vor der Geburt von Kliniken abgewiesen und weitergeschickt, weil keine Kapazitäten zur Verfügung stehen. Und oftmals müssen Hebammen 3-4 Frauen gleichzeitig betreuen.

Als Folge des Engpasses steigt die Anzahl der für einen fixen Termin geplanten Geburten und damit die Sectiorate.

¹<http://www.unsere-hebammen.de/mitmachen/unterversorgung-melden/>

Deshalb müssen die Bedingungen sowohl für die derzeit praktizierenden Hebammen als auch für den Nachwuchs gestärkt werden. Dies gilt auch für die zusätzlichen Ausbildungsmöglichkeiten für Hebammen durch die Einrichtung von Bachelor-Studiengängen.

Es ist höchste Zeit, übergreifend verbesserte Rahmenbedingungen für die Hebammen zu schaffen, damit eine sichere und gute Betreuung rund um die Geburt auch in München gewährleistet werden kann.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Lydia Dietrich	Thomas Niederbühl	Anna Hanusch	Gülseren Demirel
Dr. Florian Roth	Dominik Krause	K. Habenschaden	Sabine Krieger
Hep Monatzeder	Jutta Koller	Sabine Nallinger	Paul Bickelbacher
Oswald Utz	Herbert Danner		

Mitglieder des Stadtrates

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München



München, 07.02.2017

ANTRAG

Babyboom in München –

Die Stadt muss eine ausreichende Versorgung für Mütter und Kinder schaffen

Der vom Referat für Gesundheit und Umwelt eingerichtete Runde Tisch, an dem auch Vertreterinnen der Münchner Hebammen teilnehmen, entwickelt schnellstmöglich Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Versorgungskapazitäten für werdende Mütter und Neugeborene.

Hierzu zählen eine ausreichende Anzahl an Hebammen zur Betreuung vor, während und nach der Geburt, genügend Kreißsäle, so dass keine Frau mehr abgewiesen oder bereits in den Wehen in ein anderes Krankenhaus verlegt werden muss, sowie ausreichend Bettplätze für Mütter und Babys sowie Intensivbetreuung für Frühgeborene.

Dem Stadtrat wird dargestellt, wie viel finanzielle Mittel zur Umsetzung dieser Maßnahmen für die Städtische Klinikum München GmbH zusätzlich nötig sind.

Begründung:

Die Geburtenzahlen in München erreichen jedes Jahr neue Rekordwerte – eine an sich erfreuliche Nachricht. Um die werdenden Mütter und ihren Nachwuchs angemessen betreuen und medizinisch versorgen zu können, muss jedoch die Anzahl der Hebammen und auch die Infrastruktur in den Geburtskliniken (Kreißsäle, Intensivbettplätze für Frühgeborene, etc.) mit dieser Entwicklung mithalten. Hier gibt es jedoch bereits jetzt große Versorgungslücken – die Prognosen für die nähere Zukunft sehen noch deutlich schlechter aus. Es ist höchste Zeit, hier mit effektiven, pragmatischen und schnell umsetzbaren Maßnahmen gegenzusteuern.

Initiative:

Johann Altmann, Eva Caim

weitere Fraktionsmitglieder: Dr. Josef Assal, Richard Progl, Mario Schmidbauer

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 207 98 • Fax: 089 / 233 – 207 70 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 07. Feb. 2017

Antrag

Den Migrationsbeirat demokratisieren – und nicht delegitimieren! Wahlmanipulationen und Bedrohungen durch rassistische und nationalistische Gruppen dürfen nicht hingegenommen werden

Der Stadtrat fordert die Verwaltung auf, die Geschäftsstelle des Migrationsbeirats so weit zu stärken, dass demokratische Abläufe gesichert werden.

Dem Migrationsbeirat wird vom Stadtrat empfohlen, eine neue Geschäftsordnung zu erarbeiten. Diese soll gewährleisten, dass rassistische, antisemitische, homophobe, nationalistische oder insgesamt volksverhetzende Inhalte keinen Platz haben dürfen.

Für die Umsetzung ist die Unterstützung durch einen erfahrenen Verwaltungsjuristen notwendig.

Begründung:

Bei den Wahlen zum Migrationsbeirat der Landeshauptstadt wurde vom Kreisverwaltungsreferat aufgedeckt, dass mindestens 350 Briefwahlunterlagen angefordert wurden, die an zwei Vereinsanschriften gehen sollten. Wegen des begründeten Verdachts, dass hier Manipulationsversuche vorliegen, seien diese „Stimmen aussortiert worden“. Die Vereinsanschriften sind eindeutig nationalistischen Gruppierungen zuzuordnen, die bei den Wahlen unter unterschiedlichen Listenbezeichnungen wieder auftauchten. Insbesondere handelt es sich dabei um die Liste „Neue Europäer“ und um die Liste „AY YILDIZ“. Ein Vertreter der Liste „Neue Europäer“ wurde gewählt, allerdings war er im Vorfeld durch einen provokativen Auftritt auf einer Pressekonferenz der demokratischen Listen aufgefallen.

Über das – deutschsprachige - Nachrichtenportal „Turkish Press“ wurden nun in einer Textbotschaft sämtliche Mitglieder der Liste „Kurdistan“ mit Bild und Name veröffentlicht, gleichfalls wurden Stadtrat Oraner wie auch der neugewählte Yusuf Bingöl diffamiert. Der gesamte Kontext zeigt, dass mit dieser Botschaft die Genannten zur Zielscheibe erklärt werden sollen, wie dies bei den türkischen „Grauen Wölfen“ und den türkischen Geheimdiensten schon seit Jahren Praxis ist – bis hin zu Mordanschlägen. Schrecklichstes Beispiel ist die Ermordung von drei kurdischen Aktivistinnen in Paris im Jahre 2013.

Die Machenschaften aus diesem nationalistisch-rassistischen Umfeld dürfen im neugewählten Migrationsbeirat keinen Platz haben. Die Arbeit des Migrationsbeirats darf nicht durch nationalistische Gruppierungen diskreditiert werden.

Cetin Oraner (DIE LINKE)



Ökologisch-Demokratische Partei



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, den 06.02.2017

Antrag: Sonderprogramm für wohnungslose Familien erforderlich

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1) Im Rahmen der verschiedenen Wohnungsbauprogramme der Stadt werden verstärkt auch größere, für Familien geeignete Wohnungen erstellt bzw. gefördert. Auch im Programm WAL (Wohnen für Alle) werden an geeigneten Standorten Wohnungen eingestreut, die auch für Haushalte mit mehreren Kindern geeignet sind.
- 2) Die städtischen Wohnbaugesellschaften werden beauftragt, in ihren Bauprojekten verstärkt für Familien geeigneten Wohnraum zu schaffen, möglicherweise auch durch (temporäre) Zusammenlegung kleinerer Wohnungen.
- 3) Das Ziel des Sonderprogramms ist es, die Zahl der Münchner Kinder, die in akuter Wohnungslosigkeit leben, rasch und nachhaltig zu senken. Die Verweildauer von Kindern in akuter Wohnungslosigkeit sollte ein Jahr keinesfalls überschreiten. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Vorschläge zu entwickeln, mit denen dieses Ziel bis Ende 2018 erreicht werden kann.

Begründung:

Ende November 2016 waren 7227 Menschen in München akut wohnungslos. Von akuter Wohnungslosigkeit betroffen sind auch 1612 Kinder, die in 839 Haushalten leben. 779 dieser Kinder sind bis zu 6 Jahre alt, 612 Kinder sind im Alter zwischen 7 und 14 Jahren. In 89 Familienhaushalten leben mindestens 4 Kinder. Die Verweildauer in der akuten Wohnungslosigkeit nimmt allgemein zu. Auch die Haushalte mit Kindern sind davon betroffen, bis zu acht Jahren müssen Kinder in Beherbergungsbetrieben, Notquartieren oder Clearinghäusern aufwachsen. Diese Situation widerspricht eklatant dem Kindeswohl, auf das die Stadt verpflichtet ist.

Aus diesem Grund müssen die Anstrengungen zur Bereitstellung familiengeeigneten Wohnraums unverzüglich verstärkt werden. Ohne geeigneten, ausreichend großen Wohnraum kann die Vermittlung in dauerhaftes Wohnen nicht gelingen.

Brigitte Wolf (DIE LINKE)
Sonja Haider (ÖDP)

Cetin Oraner (DIE LINKE)
Tobias Ruff (ÖDP)